

Die 'Freiheit' erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckbezug bezogen für Preussisch, Sächsisch, das Saar- und Rheinprovinz sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—  
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 6-8

Die neuere politische Monatszeitschrift, die den Raum kostet 6.— M., einschließlich Infanterienummer. Klein Anzeigen: Das letzte Heft 2.— M., jedes weitere Wort 1.— M., einschließlich Infanterienummer. Verkaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Bezüge 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Bezüge in Wort-Anzeigen: das letzte Heft 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.  
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Erpressungsversuch des Großkapitals

### Was die Industrie verlangt

B. T. S. Berlin, 10. November.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte, wie bekannt, am Ende der vergangenen Woche in Sitzungen des Präsidiums und der Generalversammlung erneut zu der Frage Stellung genommen, auf welche Weise durch eine Kreditaktion dem Reiche Goldsaluten zugeführt werden könnten. Das Ergebnis dieser Aussprachen wurde in einer der Öffentlichkeit bereits bekannten Resolution niedergelegt. Zu einer Erläuterung dieser Resolution hatte der Reichsanzler heute die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten. Der Sprecher des Reichsverbandes, Dr. Sorge, führte nach Ueberreichung der Resolution etwa folgendes aus:

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Bekämpfung des Wirtschaftsliefens von den ihm auferlegten Fesseln kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen.

Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich juristische Person in die Wege leitet.

Die Industrie wird Vorschläge ansprechen und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß.

Rechtswirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person vorzinsen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird.

Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung nach noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Nahrung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Siedlungen erfolgen, die wieder an sich und nach ihrer örtlichen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insoweit der Artikel 248 des Friedensvertrages Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderweitigen Lösung zuzuführen.

Auf diesen Grundlagen wird die Industrie in Verhandlungen mit den deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Aenderung des Londoner Ultimatum sich nicht schon aus den vorher angebotenen Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten Reorganisations der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicher zu stellen.

Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlich der Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgemeinschaft, d. h. der Staat, denjenigen, die heute diesen jetzt freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarenden Weise entsprechende Entlastung gewähren.

Der Reichsanzler nahm diese Mitteilungen entgegen und erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industrie mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde.

### Protest der Arbeiter und Angestellten

Zur Kredithilfe der Industrie haben die Vorstände des A. D. G. B. und der I. A. folgende Entschlie-  
ßung gefaßt:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sehen in den Beschlüssen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zur Gewährung einer Kredithilfe an das Reich eine Provokation der gesamten werktätigen Bevölkerung. Die organisierten Unternehmer knüpfen an die steuerlichen Vorzugsleistungen Bedingungen, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur Entrechtung und materiellen Schädigung der Arbeiter, Angestellten und Beamten führen müssen. Sie fordern von der Reichsregierung politische Garantien zugunsten des Unternehmertums, die in letzter Linie eine Einschränkung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in den Betrieben, eine Entstaatlichung der Eisenbahn- und sonstigen Reichsbetriebe und die Durchbrechung oder Aufhebung des Achtstundentages bedeuten. Der Wortlaut der Entschlie-

ßung erkennen, daß allgemein mit der Gewährung der Kredithilfe das Reich und damit die breiten Schichten der Bevölkerung in eine wachsende und unerträgliche Abhängigkeit von den Unternehmern gebracht werden sollen. Die Kreditaktion der Industrie, die man anfangs als eine nationale Tat angefündigt hat und die auch die Zustimmung der Gewerkschaften gefunden hätte, ist durch die Beschlüsse des Reichsverbandes der Deutschen Industrie als ein neues Machsinstrument des organisierten Unternehmertums entlarvt worden.

Die vereinigten gewerkschaftlichen Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die von den Industriellen in Verbindung mit der Gewährung der Kredithilfe erhobenen Forderungen unbedingt ablehnt.

### Größenwahnsinnige Despoten

Die Kundgebungen der organisierten Arbeiter und Angestellten kommen zur rechten Zeit. Gestern haben, wie der vorstehende amtliche Bericht mitteilt, auch Verhandlungen der Industrie mit der Regierung stattgefunden. Deutlich läßt sein Inhalt erkennen, daß der Drahtzieher für diese unerhörten Forderungen der Industrie Herr Stinnes ist. Herr Stinnes ist ein erklärter Gegner der Kreditaktion. Er ist der Todfeind der Erfüllungspolitik, ein Todfeind des Kabinetts Wirth. Man konnte sich deshalb denken, wie die Hilfe aussieht, die dieser Mann der Regierung bringen wird.

In der Tat haben die Herren fast nicht mehr von dem Kredit gesprochen, den sie dem Reich zur Verfügung stellen wollten. Sie haben gesprochen von den Bedingungen, die sie stellen. Herr Stinnes wünscht, daß die Reichseisenbahn wieder der Privatindustrie, d. h. ihm und seinen Spießgesellen zur schrankenlosen Ausbeutung überliefert werden.

Er hat ausdrücklich erklärt, daß diese Betriebe mit allen Mitteln wieder ertragsfähig gemacht werden müßten, daß die Arbeiter und Beamten entsprechend zu verringern seien.

Aber damit nicht genug, in diesen Verhandlungen hat sich bestätigt, was wir bei der Besprechung der Bedingungen der Industrie vorausgesagt haben: die Herren haben gefordert, daß die Zwangswirtschaft schleunigst beseitigt werde. Den Herren ist die Feuerung noch nicht groß genug. Ihr Fortschreiten geht ihnen noch zu langsam. Die letzten Schranken sollen fallen. Wir haben heute noch auf einem entscheidenden Gebiete die Zwangswirtschaft, nämlich in der Kohlenwirtschaft. Herr Stinnes hat also wirklich die große Freiheit gehabt, die Befreiung des staatlichen Einkaufes auf diesem entscheidenden Gebiete zu fordern. Wir haben schon neulich gesagt, daß das bedeuten würde, den Kohlenherren neue Profite in der Höhe einiger Goldmilliarden jährlich in den Schoß zu werfen.

Man muß schon sagen: die Not des Staates zu einem solchen Erpressungsversuch zu benutzen, übersteigt wirklich alles, was rücksichtslose Profitgier je gewagt hat. Aber die Herren, die so maßlos in ihren Forderungen sind, waren ungeheuer zurückhaltend in ihrem Anerbieten. Am liebsten hätten sie sich überhaupt auf die Erörterung ihrer Bedingungen beschränkt. Es berührte sie offensichtlich peinlich, daß man sie nach ihrem Angebot fragte. Jedenfalls möchten sie möglichst wenig geben, so wenig, daß der Staat fortdauernd in ihrer Abhängigkeit bleibt.

Die Herren, die für ihre Profitzwecke gewohnt sind, die größten Kredite aufzunehmen, erklären es plötzlich für außerordentlich schwierig, auch nur geringfügige Summen flüssig zu machen. Es lohnt nicht, über diesen Schwindel viele Worte zu verlieren. Die Herren könnten, wenn sie wollen, aber die Herren wollen nicht. Stinnes will nicht, und er hat jetzt die Führung an sich gerissen und will das deutsche Volk unter seinen Willen beugen.

Die Herren von der Industrie haben sich Stinnes und den rheinisch-westfälischen Großindustriellen gefügt. Damit hat aber das Kreditangebot seinen ursprünglichen Charakter völlig geändert. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine Finanzmaßnahme, sondern es handelt sich darum, ob die alldeutsche Politik durch die Wirtschaftsmacht der Kapitalmagnaten verwirklicht werden soll oder nicht. Das Vorgehen Stinnes richtet sich direkt und unmittelbar gegen die politische Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Er will mit seinem Geld, das ihn zum Wirtschaftsdiktator gemacht hat, möglichst auch die politische Diktatur erkaufen.

Demgegenüber kann es nur eine Antwort geben: Was die Industrie, was das Großkapital nicht freiwillig leisten will, das muß ihnen durch die Staatsmacht abgezwungen werden. Da Herr Stinnes keine Steuern zahlt, da er keinen Kredit geben will, so muß ihm gezeigt werden, daß der Staat doch noch mächtiger ist, als selbst der mächtigste Kapitalmagnat.

Die Antwort auf den Erpressungsversuch der Industrie kann nur sein: ein Gesetz, daß sofort 25 Prozent des Kapitals aller Aktiengesellschaften dem Staat übereignet wird. Der Staat, der über einen solchen Anteil an den Großunternehmungen verfügt, wird dann auch kreditfähig sein. Wenn dieser Kredit vielleicht zu härteren Bedingungen aufgenommen werden müßte, so trägt daran die Industrie schuld. Sie wird dann diese härteren Bedingungen eben mit höheren Steuern entgelten müssen.

Eine Kapitulation vor den Bedingungen des Stinnes ist noch lange nicht nötig und darf unter keinen Umständen erfolgen. Herr Stinnes hat der Arbeiterklasse, hat der politischen Freiheit des deutschen Volkes den Krieg erklärt. Herr Stinnes kann seine alldeutschen Phantasereien offenbar noch immer nicht vergessen. Es ist Zeit, daß sie ihm gründlich ausgetrieben werden.

Von der Regierung ist zu verlangen, daß sie jetzt endlich eine klare und eindeutige Stellung einnimmt und die Seinen mit jener Rücksichtslosigkeit behandelt, mit der sie selbst auftreten. Die Herren, die glauben, das Reich zugrunde gehen lassen zu können, wenn sie nur ihre Schätze behalten, müssen rasch und gründlich eines anderen belehrt werden.

Es ist das Unglaublichste, was je dagewesen ist, daß diese Handvoll Industrieller sich erdreht, der Regierung, der Vertretung des deutschen Volkes die auswärtige Politik vorzuschreiben zu wollen. Aber nicht nur das! Sie wollen ihr und dem Reichstag ja auch vorschreiben, was diese ihnen an Lasten auferlegen dürfen. Es wird ein Sturm der Entrüstung entstehen müssen, um diese junkerliche Anmaßung weit übertreffende Freiheit zurückzuweisen.

Die ganze Tragweite der Pläne dieses Stinnes aber erkennt man, wenn man sich seiner vor Jahresfrist geäußerten Wirtschaftspläne erinnert. Er propagierte damals die Idee, das Reich in Wirtschaftsbezirke zu zerlegen. Das sollte die Herrschaft von Kohle und Eisen über das Reich sichern, eine Herrschaft, die ausgeübt worden wäre von der Dynastie Stinnes. Auch jetzt schwebt den Plänen der Industrie derselbe Gedanke vor. Der erste Schritt auf diesem Wege soll jetzt die Uebernahme der Verwaltung der Eisenbahn durch das Privatkapital sein. Dadurch hätten die Herren nicht nur die Verfügung über Eisen und Kohle, also über die Industrie, sondern auch die Verfügung über das Transportwesen, und damit über das gesamte Wirtschaftsleben Deutschlands.

Größenwahnsinnige Despoten, betrunken durch ihre Macht, liegen auf der Lauer, alles was an Arbeit, an Fleiß, an Streben vorhanden ist, sich und nur sich allein dienstbar zu machen. Das kann und darf es nicht geben. Schärfer, rücksichtsloser, entschlossener Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen solche Pläne muß die Antwort sein.

### Protest der Eisenbahner

Wolffs Bureau meldet: Heute waren Vertreter der Gewerkschaften sowie der Eisenbahnbeamten und Arbeiter sowie Hauptbeamtenrat und Hauptbetriebsrat der Reichsbahnen zusammengetreten, um mit dem Verkehrsminister die Frage der Zweckmäßigkeit einer Entstaatlichung der Reichsbahnen zu erörtern. Sie überreichten dem Verkehrsminister folgende Entschlie-

ßung: Die heute im großen Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofs versammelten 6 vollmächtigen Vertreter sämtlicher Großorganisationen des Eisenbahnpersonals sind sich darüber einig, daß die deutschen Reichsbahnen nur in der Form des unmittelbaren Betriebes durch das Reich die Gewähr für eine richtige Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe bieten können. Sie lehnen deshalb aus vaterländischen und wirtschaftlichen Gründen eine Privatisierung der Reichsbahnen in jeder Form ab und erklären, daß sie den Bestrebungen auf Entstaatlichung der Bahnen mit der größten Entschiedenheit entgegenzutreten und in dieser Lebensfrage der deutschen Eisenbahner auch vor der Anwendung äußerster gewerkschaftlicher Mittel nicht zurückzutreten werden. Vom Herrn Reichsverkehrsminister wird erwartet, daß er seinerseits mit allen Kräften den Bestrebungen nach Privatisierung der Bahnen sich entgegenstellt.



# Die Regierung ohne Programm

## Ein trüber Tag für die Arbeiter

Ministerpräsident Braun stellte gestern nachmittag dem Preussischen Landtag das neue Kabinett vor. Feierlich sahen die Minister auf ihrer Bank. Sie hatten sich, um dem Tag seine besondere Bedeutung zu geben, in den neuesten Gehrock geworfen, waren frisch gewaschen und frisch frisiert, und mancher von ihnen sah aus, als ob er nach dem Zustandekommen der langersehnten Koalition um einige Zoll größer geworden wäre. Die Stimmung des Hauses war weniger feierlich. Der Kassenjammer herrschte vor, und von den Parteien der „großen“ Koalition hatte jede ihre besonderen Sorgen und konnte ob der Frage, was aus diesem in wilder Ehe entstandenen Kindlein werden sollte, nicht recht froh werden.

Ministerpräsident Braun las seine Erklärung stotternd und ohne rhetorischen Schwung vom Blatte ab. Als er die Namen der Minister erwähnte, setzten von links heftige Zwischenrufe ein. Bei der Erwähnung Sierings, den die Volkspartei nur geschuldet hat, weil ihr ein Staatssekretär des Handelsministeriums versichert hatte, er werde dafür sorgen, daß Siering keine sozialistischen Experimente mache, riefen die Unabhängigen: Wie heißt sein Kurator? Der Mann steht ja unter Kuratel. Als der Name Dr. Boelich genannt wurde, donnerte es von links her: „Flachsman als Erzieher!“ und bei Dr. Richter riefen unsere Genossen und die Kommunisten: Das ist ja ein alter Kappist! Wollt Ihr mit dem die Republik schützen?

Nach diesem Intermezzo fuhr Herr Braun in seiner Erklärung fort. Er versicherte, daß er den bisherigen Programmen der bisherigen Regierungen kein neues hinzufügen wolle. Und in der Tat enthielten die Ausführungen des Herrn Braun auch nichts weiter als abgedroschene Gemeinplätze. Die korrigierende Hand der Deutschen Volkspartei war deutlich zu verspüren. Was er über den Friedensvertrag und die abgetretenen Gebiete sagte, klang ganz nach Stegerwald. Die zerrütteten Finanzen sollten nach dem Willen des neuen Kabinetts in Ordnung gebracht werden durch Heranziehung des Besitzes zur Steuer. Daß diese Riesenleistung nur vollbracht werden kann, wenn die Arbeiter nicht mit, sondern gegen Stinnes kämpfen, wollte den Rechtssozialisten, die mit der Nummer 46 gekennzeichnet sind, nicht einleuchten. Sie erhoben Widerspruch, als unsere Genossen durch Zurufe auf diese Selbstverständlichkeit hinwiesen. Die 41er in der rechtssozialistischen Fraktion verstanden das besser. Sie standen und sahen kopfhängerisch da und dachten wohl daran, wie schwer es ist, ihren Anhängern, den Arbeitern, die große Entbedung geläufig zu machen, daß eine Besteuerung des Besitzes möglich sei, wenn man sich mit der Partei des Besitzes und der Steuerfabotage in eine einheitliche politische Front stellt.

Die Regierung will gegen den Wucher und die Teuerung ankämpfen. Auch hier wird sie auf den Widerstand der Volkspartei stoßen, die darauf gedrungen hat, daß in der Regierungserklärung die Notwendigkeit der freiesten Entfaltung der Privatwirtschaft betont wurde. Ungehemmte Privatwirtschaft heißt ungehemmte Ausbeutung, heißt gesteigerter Wucher, heißt neues Anwachsen der Teuerungswelle. Und auch diese, die Verelendung der Massen mehrenden Tendenzen, können nicht mit, sondern nur gegen die kapitalistischen Parteien unterbunden werden, ebenso wie auch die Regierung daran scheitern wird, mit dem Kultusminister Dr. Boelich, dem Verberlicher der Monarchie, ein Schulprogramm durchzuführen, das der Erziehung zum Gemeinwohl dienen soll.

Es war ein mißlicher Tag, getrübt durch die Grundstimmung des politischen Marasmus. Daran konnten auch die Diskussionen nichts ändern, und am allerwenigsten gelang es dem Abgeordneten Hauschild, die Notwendigkeit dieser durch Kuppelerei gebildeten Regierung nachzuweisen. Er mühte sich mit der Ausbietung aller Kraft ab, ein paar staatsmännliche Weisheiten kundzugeben, spielte aber dabei rednerisch eine so klägliche Rolle, daß ihn nur Mitleid vor der Lächerlichkeit geschützt hat. Auch Herald vom Zentrum und Dr. v. Krause von der Deutschen Volkspartei konnten die auf den Nullpunkt angelangte Stimmung nicht heben. Diese Regierung wird, mag sie noch so sehr guten Willens sein, an der Unnatur ihrer Paarung zugrunde gehen. Je rascher, desto besser für die Arbeiterklasse, die ihrerseits die Aufgabe hat, außerhalb des Parlamentes die großen Kämpfe auszufechten, die ihr nicht erspart werden durch Bündnisse mit kapitalistischen Parteien, die ausgefochten werden müssen bis zur letzten Entscheidung, bis zum endgültigen Siege, will die Arbeiterklasse nicht im Glend dieser Tage zugrunde gehen.

### Sitzungsbericht

Donnerstag, 10. November.

Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten.

### Das Programm der Regierung

Ministerpräsident Braun teilt die Namen der von ihm ernannten Kabinettsmitglieder, die bereits bekannt sind, mit. (Zwanzigste Zurufe der U. S. V. D.: Ernannt?) Als er Dr. von Richter nennt, rufen die Unabhängigen: Das ist ja ein alter Kappist! Bei der Nennung von Dr. Bösch entsteht auf der linken Seite erneut Unruhe. Die Unabhängigen rufen: Flachsman als Erzieher. Ministerpräsident Braun fährt fort: Den Verbandssekretär Hirtzler beabsichtige ich zum Minister für Volkswohlfahrt zu ernennen. Ich habe nicht den Ehrgeiz, den drei seit der Staatsumwälzung hier vorgetragenen Regierungsprogrammen ein viertes zuzuschreiben. Ich werde mich daher darauf beschränken, kurz die allgemeinen Richtlinien aufzuzeigen, die für die Politik des neuen Kabinetts (Rufe links: Das Kabinett der Reaktion!) gelten sollen. Die Faust des Siegers hämmert uns immer wieder die Erkenntnis ein, daß wir einen Krieg von einem Umlage und von einer so vernichtenden Wirkung verloren haben, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht aufzuweisen hatte. Preußen wird am schwersten getroffen von den Auswirkungen des Friedensvertrages, der den unheiligen Krieg nur formell beendete. Der schwerste Schlag ist Preußen verfehlt worden durch

### Entscheidung über Oberbefehl.

In der deutschen Wirtschaft treten die unheilvollen Folgen dieses ungerechten Nachschubes bereits unmerklich in die Erscheinung. Das führt auch zu den ärgsten Verkrüppelungen über unsere Staatsfinanzen, die ja letzten Endes den Stand unserer Wirtschaft widerspiegeln. Doch ist keine Bedrohung für den Fehlbetrag des laufenden Etats vorhanden. Wollen wir den Staatshaushalt balancieren, so muß die steuerliche Kraft unseres Volkes noch weiter angespannt, und vor allem der Besitz nach

Möglichkeit der von der Reichsregierung den Ländern befallenen Verteuerungsmöglichkeit im vollen Umlage seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Die Einnahmemeinzelnen können aber nur geringfügig sein, wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Deshalb wird die Staatsregierung alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben zu fördern.

Den schädlichen sozialen Begleiterscheinungen einer intensiven Wirtschaft muß durch Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung entgegen gewirkt werden. Auch müssen die Auswüchse des krassesten Egoismus der in der unersättlichen Teuerung.

### den wucherischen Preistreibern

und den hemmungslosen Spekulationen auf dem Waren-, Effekten- und Devisenmarkt in die Erscheinung getreten ist, mit allen Mitteln des Staates bekämpft werden. (Lachen links. Unabhängige Zurufe: Mit der Volkspartei?)

Eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung wird es sein, die Verfassung zu sichern und zu festigen und in der Befolgung des Landes und in allen seinen Verwaltungszweigen zur vollen Auswirkung zu bringen. Die zur Verwirklichung dieses Zieles und zur Demokratisierung der Verwaltung bestimmten Gesetze werden dem Hause mit unzulässiger Beschleunigung vorgelegt werden. Auch die Beamtenhaft muß sich der Billigkeit bewußt sein, in ihrem Amte ebenso die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen und für die Autorität des Staates und der verfassungsmäßigen Regierung einzutreten. Auch außerhalb des Amtes muß sie unerschrocken die Freiheit ihrer politischen Meinungsäußerung bei ihrem Verhalten stets der besonderen Pflichten eingedenk sein, die ihr gegenüber dem Staate und der Völkerverantwortung obliegen. Bei der Zulassung zu Staatsämtern muß die persönliche Eignung sowie die sachliche Tüchtigkeit und Erfahrung der Bewerber in erster Linie maßgebend sein. (Lachen bei den Unabhängigen a. Komm.)

Für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Stadt und Gemeinden wird sich die Staatsregierung jederzeit einsetzen; indes kann sie Bestrebungen auf Abschüttelung einzelner Gebietsteile aus dem preussischen Staatsgefüge nicht unterstützen. Ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Regierungen Preußens und des Reiches ist dringendes Gebot. Die Staatsregierung wird daher unter Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte Preußens auf ein gutes Verhältnis zur Reichsregierung stets Bedacht nehmen. (Beifall!)

Bei der Eigenart unseres deutschen Parteiwesens und den starken politischen und wirtschaftlichen Gegensätzen in unserem Lande ist es unendlich schwer, vier politische Parteien auf einer Regierungsplattform zu gemeinsamer Arbeit zu vereinen. Jede Partei muß dabei Opfer bringen, sich in ihren Ansprüchen bescheiden. Daß es gleichwohl gelungen ist, die

### Arbeitsgemeinschaft der vier Parteien

in Preußen nach langen Bemühungen zu erreichen, ist ein Beweis dafür, daß innerhalb dieser Parteien aus der Erkenntnis der fürchterlichen Situation unseres Volkes heraus der Wille gewachsen ist, zur Befriedung des Schlimmsten eine Einheitsfront zu bilden. (Großer Beifall bei den Komm. Zurufe von den Unabhängigen: Einheitsfront gegen die Arbeiter!)

Das Haus tritt nun in die Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten ein.

Abg. Hauschild (Soz.): Die von dem Herrn Ministerpräsidenten vorgetragene Regierungserklärung findet die Billigung meiner Fraktion. (Zuruf b. d. U. S. V. D.: Auch der 41?) Die Koalition ist nicht unser Ideal, sondern nur ein Gebot der Vernunft. Ginge es nach unserem Wunsch, wir würden die kleine Koalition, erweitert durch die Unabhängigen, mit Freuden begrüßen. Aber härter als unser Wunsch ist die Macht der realen Verhältnisse. (Sehr richtig b. d. Soz.) Wir haben vollaus genug an einem Bayern.

Abg. Herald (Ztr.), Dr. von Krause (D. Sp.), und Dr. Menner (Komm.) legen den Standpunkt ihrer Fraktion dar. — Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte verlegt sich das Haus auf Freitag vormittag 11 Uhr: Fortsetzung der Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten.

Der Vorkonvent des Preussischen Landtages beschloß am Donnerstag vor Beginn der Vollziehung, am Freitag die Besprechung der Programmrede des Ministerpräsidenten möglichst zu Ende zu führen. Daraus soll sich das Plenum bis zum 17. d. M. verzagen.

## Friedensfeier in München

### Gewaltige Kundgebung gegen den Monarchismus

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 10. November.

Heute nachmittag fand auf dem Königsplatz die Gedächtnisfeier der Münchener Arbeiterklasse für die Gefallenen des Weltkrieges unter der Parole: „Nie wieder Krieg!“ statt. Wohl 70000 Männer und Frauen füllten den riesigen Platz, der vor kurzem noch Schauplatz monarchistischer und militaristischer Kundgebungen war. Redner der drei sozialistischen Parteien und sozialistischer Organisationen sprachen zu den Massen. Rote und schwarz-rot-goldene Fahnen wurden in großer Zahl mitgeführt, ebenso Plakate, auf denen die Parole des Tages stand: „Nie wieder Krieg!“ Vor Beginn und nach Schluß der Ansprachen brachten Arbeiterkinder Trauerchöre zum Vortrag. So war eine einfache, aber würdige und wichtige Demonstration, eine gewaltige Kundgebung gegen den monarchistischen Totentanz am letzten Samstag anlässlich der Beisetzung des letzten bayerischen Königs. Die Arbeiter waren geschlossen aus den Betrieben mit ihren Fahnen durch die Stadt zum Königsplatz gekommen und zogen nach der Feier wieder in geschlossenen Zügen nach den verschiedenen Arbeiterquartieren. Bemerkenswert ist noch, daß kommunistische Redner ungehindert sprechen konnten, obwohl die K. P. D. sich zur Teilnahme an der Feier erst im letzten Augenblick entschlossen hatte, und das Auftreten ihrer Redner nicht vorgesehen war. Als aber auch der bekannte Nationalsozialist und Redakteur der kommunistischen „Neuen Zeitung“ sprechen wollte, wurde er von den Massen daran gehindert. Sie erkannten in ihm den Kriegsheld vom Januar dieses Jahres und drachten ihn zum Schweigen.

## Sturm im Lande!

In einer Konferenz der rechtssozialistischen Partei für Essen-Stadt und -Land wurde zur neuen politischen Lage in Preußen Stellung genommen. Es wurde eine Entschleunigung angenommen, in der es heißt, daß das Ziel, den sozialdemokratischen Einfluß in der preussischen Regierung zu stärken, im Rahmen der kleinen Koalition zu erstreben gewesen sei. Die Koalition mit der Deutschen Volkspartei stelle einen schweren politischen Fehler und eine arge Belastung der Partei dar. Wenn die Genossen in der Regierung nicht mit größtmöglicher Beschleunigung die Mindestforderungen zur Sicherung der Republik und zur Entwicklung demokratischer Volksrechte durchsetzen könnten, müsse von ihnen erwartet werden, daß sie schnell wieder aus der Regierung ausscheiden. Vorläufig sollen die Genossen im Kabinett anwesend bleiben. Gegen diese Entschleunigung wurden vier Stimmen abgegeben und zwar von solchen Personen, die eine schärfere Fassung forderten.

## Erhöhung der Eisenbahntarife

### Organische Umbildung der Gütertariife

Amlich wird gemeldet: Im ordentlichen Haushalt der Reichsbahnen für 1921 war der Fehlbetrag auf 68 Milliarden berechnet. Inzwischen hatten sich die Ausgaben infolge der Geschäftserhöhungen im August und Oktober und infolge der hohen Sicherung der Materialpreise um 10,3 Milliarden erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden aus der Erhöhung der Gütertariife zum 1. November und der zum 1. Dezember bevorstehenden Erhöhung der Personentariife gegenüber. Der voraussichtliche Fehlbetrag würde sich damit um 7,8 Milliarden oder von 6,5 auf 14,3 Milliarden erhöhen. Der Reichsverkehrsminister hat demgegenüber eine weitere Tarifierhöhung im Güter- und Personentarif um je 30 Prozent in Aussicht nehmen müssen.

Es ist dabei beabsichtigt, hinsichtlich der Gütertariife eine organische Durchbildung vorzunehmen, wobei eine weitere Staffelung der Tarife zugunsten der für den Bezug ihrer Bedarfsmittel und den Abgang der Erzeugnisse ungünstig gelegenen Gegenden, namentlich Ostpreußen, vorzuziehen ist.

Die Vorschläge für diese Umbildung der Gütertariife werden dem vorläufigen Reichsrechnungsausschuss vorgelegt werden. Die Vorarbeiten sind soweit gefördert, daß die neu durchgearbeiteten Gütertariife zum 1. Februar 1922 eingeführt werden können, auch im Personentarif wird die Tarifierhöhung vor diesem Zeitpunkt aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden können. Die Monate Februar und März des laufenden Haushaltsjahres würden durch diese Tarifierhöhung Mehreinnahmen von zwei Milliarden erwarten lassen, so daß noch ein Fehlbetrag von 12,3 Milliarden übrig bliebe. Infolgedessen sieht sich der Reichsverkehrsminister genötigt, für den Güterverkehr bereits vom 1. Dezember 1921 ab den Aufschlag von 30 Prozent durch rein rechnerische Erhöhung der Tarife einzutreten zu lassen.

Es wäre zu begrüßen, wenn bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifsystems am 1. Februar die Pläne des Reichsverkehrsministeriums bezüglich der wirtschaftlichen Gestaltung des Eisenbahngesamtbetriebes, die angekündigt sind, soweit möglich wären, daß zu überblicken ist, ob das neue Tarifsystem in den Rahmen der Gesamtergebnisse paßt. Der Bahnbetrieb muß mit allen seinen Einzelerscheinungen als organisches Ganzes angesehen und behandelt werden. Eine Reform des Tarifsystems dürfte wohl wünschenswert sein, aber wir erwarten doch eine Reform im großen, von der die Tarifierhöhung nur ein Glied ist, das zum ganzen Körper paßt.

## Lohnerhöhungen im Kohlenbergbau

### Die Extraprofite der Zechenherren

Im Reichsarbeitsministerium haben gestern zentrale Verhandlungen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterverbänden des Kohlenbergbaues zwecks Regelung der schwebenden Lohnfragen stattgefunden. Der Minister selbst hat die Verhandlungen geleitet. Es konnten für alle großen Reviere Vereinbarungen erreicht werden, die Erhöhungen der Löhne ab 1. November bringen. Für den mittelhessischen, oberhessischen und Westfälischen Braunkohlenbau sowie für den bayerischen Kohlenbergbau sollen besondere Verhandlungen unverzüglich auf genommen werden.

Die vom Unternehmertum bezahlten Preßmanuskripte sind natürlich sofort bei der Hand, um auszurechnen, wie teuer die Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter durch die Kohlen konsumierenden Allgemeinheit bezahlt werden müssen. Sie vergessen nur hinzuzufügen, daß ihre Zahlen den Extraprofit enthalten, den die Kohlenherren bei Gelegenheit der Lohnerhöhung herauszuschlagen gedenken. So wußte die berühmte „Telegraphen-Union“ bereits gestern zu erzählen, daß sich infolge der Erhöhung der Löhne der Kohlenpreis um 60 bis 70 M. pro Tonne erhöhen würde. Inwiefern außerdem infolge der Steigerung der Materialkosten eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise eintritt, werde, ließe sich zur Zeit noch nicht feststellen, fügt die Meldung hinzu, da die Erhebungen über die Entwicklung der Selbstkosten noch nicht abgeschlossen sind.

Das zeigt aber wenigstens, daß Erhebungen über weitere Kohlenpreiserhöhungen im Gange sind, daß also die Kohlenherren die Absicht haben, den Kohlenkonsumenten alle Kosten aufzubrummen und selbst nicht im mindesten zur Erleichterung der Lage beizutragen. Solche Nachrichten werden mit Absicht in die Presse gebracht, um die Öffentlichkeit vorzeitig zu beunruhigen und ihren Zorn über die beabsichtigte Schröpfung auf die Bergleute abzulassen.

Die Regierung wird der beabsichtigten Auswucherung der Bevölkerung durch die Kohlenherren rechtzeitig einen Riegel vorsetzen müssen.

## Unverfroren

Vor kurzem wurde im Preussischen Landtag ein Antrag angenommen, nach welchem hervortragend beschätzte und praktisch erfahrene Personen aus allen Kreisen des Volkes nach Ablegung der Gerichtsassessorprüfung die Befähigung zum Richteramt sollen erlangen können, auch wenn sie den bisher vorgeschriebenen Ausbildungsgang nicht durchgemacht haben. Dieser selbstverständliche Beschluß, der durchaus dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht, findet nicht den Beifall reaktionärer Juristenkreise. Der Deutsche Juristenbund, der Deutsche Anwaltsverein und der Deutsche Notarverein erlassen eine Erklärung, in der sie an der berufsmäßigen Schulung der Richter unter allen Umständen festgehalten wissen wollen. Daß sich dieser Einwurf immer noch aus einer beschränkten Berufsauffassung erklärt, ist einseitig der folgende Einwurf einer ganz besonderen Unverfrorenheit. Man höre und staune:

Diesem grundsätzlichen Bedenken stellt sich die nicht abwiesende Behauptung, daß bei der Beurteilung der geistigen Hochwertigkeit politische Gesichtspunkte eine nur zu große Rolle spielen werden. Gerade in so stark bewegter Zeit müßten wir, die sich durch ihre politischen Anschauungen leiten lassen und die dadurch die Rechtspflege zur Dienerin der jeweiligen Partei herabwürdigten, dem Staat seine letzte Stütze, jeder Gerechtigkeit und Kultur die unentbehrliche Grundlage rauben. Wir Juristen sind entschlossen, uns solcher Vernichtung der in jahrelanger Arbeit endlich gefestigten deutschen Rechtspflege zum Heile unseres Vaterlandes mit allen Kräften zu widersetzen.

Sind diese Leute borniert oder halten sie die Öffentlichkeit für borniert? Im ersteren Falle müßte man ihnen mildernde Umstände zubilligen, im zweiten ist ihre Annahme aus schärfster Zurückweisung. Die Herrschaften wagen es, in einer Zeit, in der das Ansehen der deutschen Rechtspflege aufs heftigste erschüttert ist in der die politische Anschauung in einem Umfang für Urteil und Strafmäßigkeit entscheidend ist wie nie zuvor, in der die richterliche Klassenjustiz täglich sich offenbart — zur selben Zeit wagen es diese Leute, von der endlich gefestigten deutschen Rechtspflege zu sprechen. Sie merken nicht, daß sie mit ihrer Annahme und ihrer Weltfremdheit dem beängstigten Antrag die beste Unterstützung geben.



# Deutsche Werke — Besoldungsordnung

Deutscher Reichstag

Donnerstag, 10. November.

Präsident Röbe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten. Eine von den Rechtssozialisten eingebrachte Interpellation, in der von der Regierung Auskunft verlangt wird, was sie gegen die von der Interalliierten Militärkontrollkommission verlangte

## Zerklüftung der Deutschen Werke

zu tun geneigt begründet.

Abg. Gohs (S. P. D.): Ich bin in der Lage, zu bekunden, daß in den Volkswirtschaften in Hanau, in denen jetzt wieder 36000 Personen beschäftigt werden, nichts hergestellt wird noch hergestellt werden kann, was die Maßnahmen der Interalliierten Militärkontrollkommission rechtfertigt. Vor dem Kriege wurden in den Betrieben vornehmlich Waffen und Pulver hergestellt. Es lagern in dem Werk in Hanau große Mengen von Schießbaumwolle, die in Filzwolle und Kunstleder umgewandelt werden sollte. Die Interalliierte Militärkontrollkommission verlangt aber die Vernichtung. Allein die Zerklüftung würden einen Betrag von 10 Millionen Mark verursachen. Nebenbei unbedeutend wie für das Hanauer Werk ist auch das Verlangen der Interalliierten Militärkontrollkommission hinsichtlich der anderen Werke in Erfurt und Svanbau. Die Maßnahmen sind mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar.

Reichsfinanzminister Bauer: Die Werke sind mit vollkommener Zustimmung der Interalliierten Militärkontrollkommission von der Kriegsmittelherstellung auf Friedensarbeit umgestellt worden. Umgehende Summen sind dafür aufgewendet. Es scheint, als ob Handelskreise hier die Hand im Spiele haben. Wir werden alles tun, was sich zur Aufhebung dieses Verlangens tun läßt, nötigenfalls auch die Wirtschaftskontrollkommission anrufen. Nachmittags haben wir keine zur Verfügung.

Auf Antrag Müller-Franken (S. P. D.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Erping (Ztr.): Wir möchten den Reichsfinanzminister bitten, das Recht des deutschen Volkes, das hier in der schwersten Weise mit Füßen getreten worden ist, mit allen Kräften zu wahren. — Abg. Hartwig (Dtn.): Wir schließen uns der Interpellation in vollem Umfange an. — Abg. Weisinghaus (D. Sp.) vertritt sich im wesentlichen über die Kriegsschuldfrage. — Abg. Gothein (Dem.): Wir schließen uns der Interpellation an, ohne uns jedoch die hier gemachten Ausführungen zu eigen zu machen.

## Abg. Brandes (U. S. P.):

Die Maßnahme der Interalliierten Militärkontrollkommission hat mit Recht die Empörung des deutschen Volkes hervorgerufen. Ich hoffe nicht nur des deutschen Volkes, aber sich vorstellen kann, welche Arbeit und welche Mittel es erfordert hat, die 14 Reichswerke von der Rüstungsindustrie auf Friedensarbeit umzustellen und wer gesehen hat, was jetzt dort hergestellt wird, der muß zu der Auffassung kommen,

daß die Maßnahmen durch nichts gerechtfertigt sind.

Die Arbeit aber, die heute hier sich so sehr entzweit haben, die Herren von der Rechten, haben kein Recht, sich aufs hohe Pferd zu setzen. Sie sind an dem Reize, und damit an seinen Folgen und auch an dem, was jetzt von der Interalliierten Militärkontrollkommission unternommen worden ist, schuldig. Hanau leidet unter großer Arbeitslosigkeit. Jetzt soll mit einem Male alles befristet werden, was unter großen Opfern auf- und umgebaut wurde. Dadurch muß die Arbeiterschaft aufs schwerste betroffen werden. In Erfurt werden Jagd- und Sportwaffen hergestellt wie in hunderten anderer thüringischer Städte. Auch diese Werke sollen befristet werden, sogar Stahlgießereien heruntergerissen werden. Darüber hinaus will man auch wohl sehr große und wertvolle Maschinen zerstören, Maschinen, wie sie in jeder Maschinenbauanstalt gebraucht werden müssen. Was die Arbeiterschaft sich dabei für Gedanken machen muß, wenn jetzt die während langer Jahre betriebene Zerklüftung der Produktionsmittel in solcher Weise fortgesetzt werden soll, kann man sich leicht vorstellen. Wie kann man den Bau von Lokomotiven, Eisenbahnwagen um pervertieren? Wie will man das mit Kriegsgeschützen in Verbindung bringen? Dann möchte man ja auch die Herstellung von Eisenbahnlokomotiven verbieten. Mit diesen Maßnahmen erreicht man das Gegenteil von dem, was die Entente erreichen will. Sie treibt damit die deutsche Industrie in die Hände der Interalliierten Militärkontrollkommission. Auch wir halten es für notwendig, daß von der Regierung alles geschieht, diese Maßnahmen rückgängig zu machen. Wir verlassen uns aber nicht lediglich auf die Regierung. Wir werden uns auch

## an die Gewerkschaften der Ententeländer

wenden, damit auch sie auf ihre Regierungen eindringen, diese unheimlichen Maßnahmen aufzuheben. Wir hoffen, daß bei dem eifrigeren Auftreten der internationalen Arbeiterkammer endlich die Vernunft zum Siege geführt wird. (Zobh. Beifall b. d. U. S.)

Abg. Walsch (Komm. Arb.): Auf das schmerzliche Getöse der Rechten dürfen die Arbeiter der Deutschen Werke nicht hereinfallen. Ihnen kann nur Hilfe werden durch die Solidarität der deutschen Arbeiter und der der anderen Länder.

Abg. Gohs (S. P. D.) (Schlußwort): Der Vertreter der Deutschen Volkspartei hat versucht, meine Ausführungen so auszulagern, als hätten wir den Friedensvertrag unterzeichnet, ohne uns darüber klar zu sein, was wir damit auf uns genommen haben. Demgegenüber stelle ich fest, daß wir immer laut und deutlich erklärt haben, daß der Friedensvertrag unumwandelliche Forderungen enthält, daß wir ihn aber unterschreiben, um aus dem viel furchtbareren Kriegszustand herauszukommen.

Damit ist die Interpellation Müller-Franken erledigt.

## Beratung der dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes.

Nach den Erklärungen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei, die sich ihrem Bedauern über die Mängel der Vorlage Ausdruck geben, dieser aber trotzdem zustimmen, ergreift die Genossin

## Abg. Luise Zieh (U. S. P.)

das Wort: Meine Fraktion kann sich nicht damit abfinden, in einer Erklärung ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß manche Bedingungen nicht erfüllt sind und dann trotzdem zum Schluß zu kommen, der Vorlage ihre Zustimmung zu geben. Wir sind der Meinung, daß diese Vorlage eingehend beraten werden muß, und daß Anträge hierzu gestellt werden müssen. Mit bewundernden Worten ist den niedrigeren Beamten nicht geflossen. Die ungeheure Preissteigerung durch die Markentwertung und durch den agrarischen Wucher hat abermals eine Erhöhung der Bezüge der Beamten unumwandellich notwendig gemacht. Diese Erhöhung der Beamtenbezüge muß durch eine Erhöhung des Grundgehalts erfolgen. Die vorgeschlagene Erhöhung ist in den unteren und mittleren Beamtengruppen völlig unzulänglich.

In den oberen Gruppen dagegen wird sie über das berechnete Maß hinausgehend. Mit Recht hat ein Beamtensprecher in einer Interpellation mit unsern Genossen im 2. Ausschuss darauf hingewiesen, daß von Gruppe XI die Erhöhung der Gehälter herabgerückt in die Höhe geht. Für die Lieblinge der Regierung, die Regierungsräte, Geheimräte, Ministerialräte, hat man trotz der finanziellen Not des Reiches außerordentliche Erhöhungen vorgenommen, während man den unteren Beamten nicht einmal das Existenzminimum gewährt. So ist in Gruppe XIII ein Anfangsgehalt von 33 000 Mark eingeleitet, steigend bis zu 80 000 Mark Gruppe XII 35 000 Mark Anfangsgehalt, bis 57 000 Mark. Dazu ist noch durch ein Rundschreiben aus dem Reichsfinanzministerium Anweisung gegeben, daß den Beamten der höheren Gruppen neben ihren Kistengehältern noch eine Dienstauswandsentschädigung sofort ausgereicht werden soll. Wie ist der Meinung, daß das Grundgehalt in allen Gehaltsklassen so bemessen sein muß, daß die Beamten über das Existenzminimum hinaus Bezüge erhalten. Die unteren Gehalts-

klassen bleiben infolge der Lebensundwanzigfachen Erhöhung der Indizes

weit hinter dem Existenzminimum zurück.

Diese Besoldungsanfrage ist eine Schande. Bei der Bemessung des Grundgehalts muß das Gewicht darauf gelegt werden, daß auch die Anfangsgehälter hoch genug sind, um eine Familie gründen und ernähren zu können. Dazu ist es notwendig, daß das Endgehalt in zehn Jahren durch fünf Gehaltsstufen erreicht wird und nicht, wie jetzt vorgeschlagen, in sechs Jahren durch acht Gehaltsstufen.

Die Reichswehr muß aus der Besoldungsordnung herausgenommen werden. Aus all den angegebenen Gründen ist sowohl das Angebot der Regierung als das, was schließlich den Gewerkschaften zugestanden ist, oder richtiger, was den Gewerkschaften diktiert worden ist, für uns unannehmbar. Wir verlangen u. a. auch

## eine grundlegende Umgestaltung der Gehaltsgruppen.

Die erste Gehaltsklasse kann unverändert bleiben, die Gehälter müssen von 14 000 M. Anfangsgehalt auf 24 000 M. Endgehalt gesteigert werden. Die zweite und dritte Klasse sollen die zweite Gruppe bilden: Anfangsgehalt 15 000 M., Endgehalt 25 000 M. Die vierte und fünfte Klasse sollen die dritte Gruppe darstellen: Anfangsgehalt 18 000 M., Endgehalt 28 000 M. Die fünfte und sechste Klasse als vierte Gruppe soll 22 000 M. Anfangs- und 32 000 M. Endgehalt bekommen. Die achte und neunte Klasse als fünfte Gruppe 26 000 M. Anfangs- und 38 000 M. Endgehalt. Die sechste Gruppe, jetzt Klassen 10 und 11: Anfangsgehalt 30 000 Mark, Endgehalt 40 000 M. Und die letzten beiden Klassen als siebente Gruppe 33 000 M. Anfangs- und 44 000 M. Endgehalt. Auch die übrigen Bezüge müssen entsprechend geändert werden.

Allerdings wird dann die Regierung eine andere Finanzpolitik treiben müssen. Wenn es so weitergeht, muß man sich darauf gefaßt machen, daß das Proletariat sich selber hilft. Rot bricht Eisen. Wenn es so weitergeht, ist es unausweichlich, daß wir bald zu einem zweiten 9. November kommen, an dem hoffentlich das Proletariat sich nicht begnügt mit der politischen Umwälzung, sondern auch seine Macht zur ökonomischen Umwälzung nutzt, zur Einführung des sozialistischen Gemeineigentums an Produktionsmitteln. Mögen Sie es sich gesagt sein lassen, die unendliche Vergamut des Proletariats geht ihren Ende entgegen. (Zobh. Beifall b. d. U. S.)

Abg. Bellus (Dem.): Wir stimmen der Vorlage zu, um den Beamten die notwendige Hilfe möglichst schnell zuteil werden zu lassen. Bei der nächsten Besoldungsregelung muß ein Ausgleich zwischen den oberen und unteren Beamten gefunden werden.

Abg. Dauer (Bayr. Sp.): Wir stimmen für die Regierungsvorlage, obwohl wir manches daran aussetzen haben.

Abg. Pleitner (Komm.): Wenn die Beamten etwas durchsetzen wollen, müssen Sie einen viel schärferen Druck durch ihre Organisationen und Gewerkschaft ausüben. Nur mit den Arbeitern Schulter an Schulter kämpfend, werden sie sich eine bessere Zukunft sichern können. Solange die Beamten nicht zum Aufrufen, und sei es zum Generalstreik, entschlossen sind, werden sie nichts erreichen.

Ministerialdirektor Stieglitz: Die Regierung ist der Meinung, daß die Mehrausgaben, die den einzelnen Ländern und Gemeinden, die durch eine Verbesse rung der Beamtensoldung erwachsen, zum Teil durch die infolge der Geldentwertung automatisch sich den sich durch eine Verbesserung der Beamtensoldung erwachsen, einzuhalten erst später stehen, das Geld also wahrscheinlich heute nicht zur Verfügung steht, ist das Reich bereit, für die Jahre 1921 und 1922 den Ländern Zuschüsse in Höhe des Mehrbedarfs zur Verfügung zu stellen. Sollte sich die Erwartung nicht erfüllen, daß in den Ländern der Mehrbedarf gedeckt werden kann, wird das Reich ihnen Zuschüsse überweisen.

Damit ist die Debatte beendet. — In der Abstimmung werden die Anträge der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt und die Vorlage in erster Lesung angenommen. Gegen die sofortige Vornahme der zweiten Lesung erhebt Gen. Crispian Weydtsch.

Nächste Sitzung: Freitag, 2 Uhr. Tagesordnung: Anträge, Besoldungsvorlage, Interpellation.

Der Reichstag des Reichstags setzte am Donnerstag folgenden Geschäftsplan für die nächste Zeit fest: Nach der Beratung der Interpellation über die Deutschen Werke und der Besoldungsvorlagen am Donnerstag werden am Freitag alle Interpellationen über Teuerung, Wucher und Nahrungsmittelrationen behandelt werden. Darauf wird wegen des demokratischen Parteitages und des Vorklages eine kurze Pause eintreten. In der nächsten Woche sollen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend Plenarsitzungen abgehalten werden zwecks Beratung der Reichsmaßnahmen für Invaliden, zentraler, des Gesetzesentwurfes zur Abänderung der Bekanntmachung über ausländische Wertpapiere vom 22. März 1917, der kommunikativen Interpellation wegen Verbot des Landens russischer Schiffe in Spinemünde, der Reichsausschussberichte über die Verordnung des Reichspräsidenten und die Amnestie des Schulgesetzes und des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbauwesens. Während einer Pause von etwa 14 Tagen sollen die drei Steuerzuschüsse und der letzte Ausschuss tätig sein. Das Plenum wird wahrscheinlich am 6. Dezember zusammentreten.

Der Steueranschlag des Reichstags legte am Donnerstag seinen Arbeitsplan fest: Zunächst sollen die Belästigungen in Angriff genommen werden. Der Einzelberatung der verschiedenen Gesetzesentwürfe wird eine Generaldebatte vorangehen. Man beschloß, wöchentlich von Dienstag bis Freitag vor- und nachmittags zu sitzen. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 17. November.

## 500000 Bürger und Bürgerinnen

Des „Berliner Tageblatt“ benutzte — nachträglich — den 9. November, um sich mauf zu machen. Im Namen des republikanischen Bürgertums — wer laßt da nicht? — erhebt es Protest gegen unsere Feststellung in unserer geistigen Morgenansgabe, daß das Bürgertum nichts getan hat, um die Republik zu festigen, und daß es darum auch keinen Anlaß habe, den 9. November zu feiern. Das Blatt erinnert an die Demonstration aus Anlaß des Erzbergermordes am 31. August und wagt folgende Kühnheit:

„Damals marschierten 500 000 Bürger und Bürgerinnen im Lustgarten aus, mit dem einmütigen Willen, der Reaktion geschloßen entgegenzutreten. Und man darf überzeugt sein, daß in jedem Augenblick, wenn es um den Bestand der Republik geht, sich ein gleicher Wille elementaren Ausdruck finden wird.“

So etwas Dummes haben wir selbst im „Berliner Tageblatt“ noch nie gefunden. In der Tat: das Blatt macht sich! 500 000 — das waren alle Besucher der Demonstration vom 31. August, denn sie wurde die Zahl der Teilnehmer damals allgemein geschätzt. Sie alle waren „Bürger und Bürgerinnen“, wohl gar sämtlich Leber der „B. L.“ Kein einziger Arbeiter war darunter! So verläßt das Tageblatt uns zu „widerlegen“.

## Wie für die Invaliden gesorgt wird

Im Sozialen Ausschuss des Reichstags wurden am Donnerstag die entscheidenden Abstimmungen über das Reichsgesetz über Unterstüfung der Invaliden vorgenommen. Alle entscheidenden Anträge unserer Genossen wurden abgelehnt. Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Nur bedürftige Invaliden werden unterstützt. Die Höhe des Existenzminimums, bis zu welchem die Unterstützung gegeben wird, beträgt für Invalide 3000 M. für Witwen 2100 M. und für Waisen 1200 M. pro Jahr. Für jedes Kind von Invaliden erhöht sich die Summe um 150 M.

jährlich. Arbeitsverdienst bis zu 2000 M. jährlich bleibt außer Anlaß. Bezüge aus öffentlichen Kassen werden nur insoweit angerechnet, als sie 600 M. jährlich übersteigen. Die erforderlichen Mittel sind mit 10 Prozent von den Gemeinden und mit 90 Prozent vom Reich zu tragen. Die Invaliden sind zunächst bei der Durchführung dieses Gesetzes von den Gemeinden heranzuziehen.

Unsere Genossen hatten u. a. beantragt, daß allen Rentenempfängern Unterstützung gegeben werden solle. Nachdem dieser Antrag abgelehnt war, verlangten sie, das 800 M. Jahresarbeitsverdienst freibleiben, 600 M. monatlich bei Bezügen aus öffentlichen Mitteln nicht angerechnet werden, die Unterstützung für Invalide auf 300 M., für Witwen auf 250 M., für Waisen und Kinder der Invaliden auf 150 M. erhöht werden sollen. Die Kosten sollte das Reich in vollem Umfange tragen. Trotz eindringlicher Ausführungen des Genossen Karsten lehnte die Ausschussmehrheit diese minimalen Forderungen ab.

## Die Stimme der Gepeinigten

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchensfeld hat kürzlich auf dem Parteitag der bayerischen Volkspartei dem System Karz ein Loblied gesungen und erklärt, daß die Regierung Lerchensfeld in den gleichen Bahnen wandeln werde. Gleichzeitig hat er gesagt: „Gegen die Ruheführer, die schon heute in den Gefängnissen und Festungen sind, darf nicht mit falscher Humanität vorgegangen werden.“

Gegen diese Aufforderung an die mit dem Strafvollzug betrauten Beamten, die Quaderen der politischen Gefangenen fortzusetzen, wendet sich jetzt Genosse Gustav Paulkum, der nach der Räterepublik wegen Hochverrats zu 2½ Jahren Festung verurteilt worden war und vor kurzem nach Verbüßung seiner vollen Strafzeit entlassen worden ist, in einem an den Ministerpräsidenten Lerchensfeld gerichteten Offenen Brief. Zunächst erinnert Genosse Paulkum den Ministerpräsidenten daran, daß der jetzige Reichsjustizminister Prof. Dr. Radbruch die Festungshaft nicht als Niederstufung des „Zwischending zwischen Justizhaus und Gefängnis“ genannt hat und daß von einer „falschen Humanität“ nicht die Rede sein kann. Der Offene Brief fährt dann fort:

„Ich kann mir Ihre Stellungnahme zur „Behandlung der Ruheführer“ nur aus dem Umfange erklären, daß die Repräsentanten des bisherigen Justizsystems in Bayern dafür Sorge getragen haben, daß Ihnen nur das Material zugänglich wurde, mit dem auch der Landtag bei Gelegenheit der Behandlung des Strafvollzugs tendenziös und vollkommen wahrheitswidrig informiert wurde. Ich bin überzeugt davon, wenn Sie das oben genannte Material (des Gefangenen Erich Mühsam, D. Red.) und die demnachst erscheinende Denkschrift „über den Strafvollzug in den bayerischen Festungshäusern, in welchen Sozialisten ihre Strafe verbüßen“, persönlich prüfen, wenn Sie weiter durch persönliche Augenscheinung und Rücksprache mit den Gefangenen in Niederstufung selbst sich von den dortigen menschenunwürdigen Zuständen überzeugen, daß Sie dann zu der Auffassung kommen werden, daß der Strafvollzug gegenüber den politischen Gefangenen in Bayern nicht mit den Grundsätzen der Menschlichkeit und dem „christlichen Standpunkt des Geistes gegenüber“ sich vereinbaren läßt. Sollten Sie aber wider Erwarten auf dem Standpunkt Ihrer Partei — die alles in schönster Ordnung findet — beharren, dann bleibt nur noch die klare Feststellung, daß alle Ihre schönen Worte von „sozialer Verböhnung“ und „Gerechtigkeit“, die Sie in Ihrer Landtagsrede gebraucht, eitel Heuchelei sind! Dann dürfen Sie auch nicht von Recht und Gerechtigkeit sprechen, sondern es würde in diesem Falle besser anstehen, unumwunden auszusagen, daß auch Sie, wie vor Ihnen Karz und Roth, den nackten Klassen- und Machtstandpunkt vertreten! Sie haben denn auch kein Recht, die politischen Gefangenen zu beschuldigen, daß sie die „Rache“ vorbereiten, wenn Sie selbst die Rache der Bourgeoisie wie sie sich selbst nach dem Zeugnis eines höheren Justizbeamten in den bayerischen Volksgerichten ausüben, aufheben. Wenn auch unter Ihrer Leitung diese Rache nicht fortgesetzt werden soll, dann erlangen Ihre Worte auf der Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei, daß Sie in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges, der Arbeitslosigkeit und des Hungers gewillt sind, die „unwürdigen Elemente niederzustoßen“, eine besondere Bedeutung. Wir können das nur verstehen, daß wie unter dem Erstem Karz und Roth, Hunger und Elend mit den Mitteln brutaler Gewalt niederknöpft werden sollen.“

Wenn das Ihre Meinung ist, dann denken Sie auch an das Sidelwort: „Der Wind läßt sich Sturm ernten!“

## Reichsfrauenkonferenz

am 7. Januar 1922 vormittags 10 Uhr, im Volkshaus

zu Leipzig beginnend.

Tagesordnung:

1. Der Stand unserer Frauenbewegung:
  - a) Organisation und Presse.
  - b) Agitation. (Referentin: Gen. Luise Zieh.)
2. Jugendwohlfahrt. (Referentin: Gen. Mathilde Wurm.)
3. Die Tätigkeit der Frauen im Parlament. (Referentin: Gen. Anna Heim.)

Die Bezirke werden dringend ersucht, möglichst zahlreich tätige Genossinnen zur Konferenz zu delegieren.

Das Zentralkomitee der USPD.

## Kleine Nachrichten

Generalfreie in Rom. In Rom ist es anlässlich des angekündigten Nationalkongresses zum Generalfreie gekommen. Es verkehrte keine Straßenbahnen und Straßen, auch sind keine Rekonstruktoren erschienen, doch sind die Läden fast alle geöffnet. Der Post- und Telegraphenverkehr ist nicht gestört. Diezüge nach Neapel, Pisa und Florenz konnten abfahren. Mehrere tausend Fasziisten kamen mit der Eisenbahn aus Toscana und anderen Gegenden an und marschierten durch die Stadt, ohne daß Zwischenfälle vorkamen.

Gesetzesentwurf über Mieterschutz und Mietverhältnissämter. Die Regierung hat dem vorkläufigen Reichswirtschaftsrat den Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mietverhältnissämter zur Begutachtung vorgelegt. Er will den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Beendigung des Mietverhältnisses soweit schützen, als es sich unter Berücksichtigung der herrschenden Konjunktur mit berechtigten Interessen des Vermieters vereinigen läßt. Die Aufhebung des Mietverhältnisses wird auf das Vorliegen eng umschriebener Gründe beschränkt. Ueber die künftige Einrichtung der Mietverhältnissämter und ihr Verfahren werden besondere Vorschriften gegeben. Schließlich bringt der Entwurf die Schaffung einer Behörde zur Begutachtung der Sprüche der Mietverhältnissämter. Wir werden auf den Entwurf noch zurückkommen.

Dominius' Erfolg. Nach der von dem Diener der Reaktion, Innenminister Dominius, angeordneten Auflösung der bisherigen Gemeindevertretung in Eichwalde hat die am letzten Sonntag durchgeführte Wahl den bürgerlichen Parteien einen Erfolg gebracht. Die bisherige sozialistische Mehrheit von fünf gegenüber vier bürgerlichen Sitzen hat einer bürgerlichen Mehrheit von sechs gegen drei Gemeindevorsteher gegenüber drei sozialistischen Beiräte vor sich machen müssen. Die Wahlbeteiligung betrug 78,2 Prozent.

Genosse De. Brechtel hat wie wir bereits bereits mitteilen, Klage gegen Gen I. K. H. eingeleitet, der für die Sozialistische Partei der K. U. L. D. tätig war.

Kaufmann hat einen französischen Kommissar, der von der Regierung wurde der Hauptmann Frank verhaftet, weil man ihn als Spionage, während des Krieges Spionage zugunsten Deutschlands getrieben zu haben. Die Pariser Behörden behaupten, daß man zur Kenntnis dieser Tatsache durch Dokumente gekommen sei, die die Deutschen bei der Räumung Belgiens hinterlassen hatten.



**Gemüse**

- Kohlrüben gelbe . . . Pfund 60 Pf.
- Wirsingkohl . . . Pfund 1 M
- Mohrrüben gewaschen . . . Pfund 95 Pf.
- Grünkohl . . . . . Pfund 70 Pf.
- Zwiebeln . . . Pfund 85 Pf. u. 1 10
- Sellericknollen . . . Pfund 1 80
- Porree . . . . . Pfund 1 80
- Märk. Rübchen . . . 50 u. 80 Pf.
- Blumenkohl . . . Kopf von 2 50 an
- Maronen . . . . . Pfund 6 50

- Kabeljau** ganze Fische Pfund 5 50
- Goldbarse ohne Kopf Pfund 4 90
- Grüne Heringe große Pfd. 5 50
- Lebende Karpfen Pfund 12 50
- Lebende Hechte . . . Pfund 13 M

- Salzheringe** große . . . . . Stück 40 Pf.
- Sardinen in Essig . . . Glas 4 25
- Bratheringe . . . 4 Liter-Dose 4 5 M

- Margarine** feine . . . . . Pfund 2 2 50
- Marmelade (Vierfrucht) Pfund 5 80

# A. Wertheim

## Frisches Fleisch

- |  |   |
|--|---|
| <b>Kalbskamm u. -Brust</b> . . . Pfd. 10 M         | <b>Hammelkeule</b> ganz und geteilt Pfd. 11 50      |
| <b>Kalbsnierenbraten</b> . . . Pfd. 11 M           | <b>Rinderkamm u. -Brust</b> . . . Pfd. 10 M         |
| <b>Kalbskeule</b> ganz und geteilt . . . Pfd. 12 M | <b>Roastbeef</b> mit Knochen . . . . . Pfd. 11 M    |
| <b>Hammel-Vorderfleisch</b> Pfd. 10 M              | <b>Schmorfleisch</b> mit Knochen . . . Pfd. 11 50   |
| <b>Hammelrücken</b> . . . . . Pfd. 11 M            | <b>Gehacktes</b> Rind- u. Schweinefleisch Pfd. 11 M |

Jeden Freitag frische Blut- und Leberwurst

- | Käse                                | Wurst                           | Geflügel  |
|-------------------------------------|---------------------------------|---|
| Camembert vollfett . . . . . 6 M    | Rot- u. Zwiebelwurst Pfd. 16 M  | Junge Hühner . . . Pfund 14 50 an                                       |
| Landkäse große . . . . . Stück 4 75 | Sülzwurst . . . . . Pfund 18 M  | Suppenhühner . . . Pfund 15 50 an                                       |
| Kochkäse . . . . . Pfund 12 40      | Landleberwurst . . . Pfund 21 M | Gänse-Klein Leber, Linsen, Keulen, Haut usw. zu billigsten Tagespreisen |
| Harzerkäse . . . . . Pfund 10 80    | Pastetenleberwurst Pfd. 21 M    | Krammetsvögel . . . Stück 2 10  |
| Holländerkäse . . . . . Pfund 19 M  | Jagdwurst . . . . . Pfund 23 M  |   |

Im Erfrischungsraum von 11 Uhr ab: **Gefüllter Streuselkuchen 7 M**

**Wein**

- Apfelwein-Auslese 5 40
- 1919 Gaubickel Rheinwein 12 40
- 1919 Winchering Mosel 16 M
- 1919 Nittel Giffel Mosel 18 M
- 1918 Chät. St. Georges 22 M
- Bordeauxwein
- 1918 Chät. du Pin 23 75
- 1918 Chät. des Vignes 26 M
- Bordeauxwein
- 1917 Chät. Ferrand 29 50
- Bordeauxwein
- 1918 Chät. Perrains 30 50
- Bordeauxwein
- Tarragona rot . . . . . 24 M
- Feiner Tarragona rot u. weiß 28 75
- Sherry Cadix . . . . . 36 M

Jamaika-Rum-Verschn. 4 4 M  
Jam.-Rum-Verschn. Extra 50 M  
Preise für 1/2 Flasche einschl. Steuer u. Flasche. Flaschen werden mit 1,- M zurückgenommen

- Rehblätter** Pfund 14 50
- Rehfleisch . . . . . Pfund 9 M
- Rehkeulen . . . . . Pfund 20 M
- Hirschfleisch . . . . . Pfund 9 M
- Hirschblatt . . . . . Pfund 12 50
- Hirschkeule . . . . . Pfund 16 50
- Hasen stark, gestreift und ausgeworfen . . . Stück 59 M

**Abtlg.: Frische Blumen**  
Leipziger Straße Königstraße Moritzplatz

**Apfelbäume** Blüthe 20 Hochst. Stück 25 50  
**Birnen** Hochstämme . . . . . Stück 26 50

**Aspidistra** . . . . . Topf von 15 M an  
**Primeln** . . . . . Topf 2 50

**Annahme von Kranzbestellungen zum Totensonntag**

**Theater und Vergnügungen**

**Großes Schauspielhaus**  
Heute, Sonnabend, Sonntag außer Abonnement  
Anfang 7 Täglich Ende 10 1/2  
**Götz von Berlichingen**

**Walhalla-Theater**  
Ab 11. November täglich 1/2 8 Uhr:  
die große Operette  
von **Jean Gilbert**  
**Jungmüßmansein**  
Mitwirkende:  
Eise Böttcher a. G., Alfred Lütner a. G., Theo Lucas a. G., Grete Sellin, Maria Grimm-Einödshofer, Sophie Kaniss, Martha Winter, Harry Collin, Karl Neisser, Hans H. Zerlett  
Der berühmte Komponist Jean Gilbert dirigiert  
Freitag \* Sonnabend \* Sonntag persönlich

**Volksbühne**  
7 1/2 Uhr: Das Postamt Die Komödie Der Jungen

**Neues Volkstheater**  
8 1/2 Uhr: Rote Berand

**Staatstheater**  
7 1/2 Uhr: Der Hengstebau Die Schauspielerhaus Neu einstudiert: 7 1/2 Uhr: Othello

**Deutsches Theater**  
7 1/2 Uhr: Leut Ferdinand Die von Verufen

**Kammerspiele**  
Uner Der Bühnenhof

**Erales Schauspielhaus**  
Karlstr. 7: 8 1/2 u. 10 1/2 Uhr

**Theater i. d. Königgräber Str.:**  
Täglich 7 30 Uhr: Manon Lescaut Orska, Neffen, Riemann

**Komödienhaus:**  
7 30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue (Göhner, Richard, Engl, Prödel, Gerbe)

**Berliner Theater:**  
Täglich 7 30 Uhr: Prinzessin Olala

**Freib. Hoftheater a. G.**  
Kath. Hofstr. 10: 8 1/2 u. 10 1/2 Uhr: Die große Waschung Die Operette Der Herr der Welt

**Wagner-Theater**  
Täglich 7 30 Uhr: Nixchen

**Theater a. Kottbus. Tor**  
Tel. 1 011, 16077: Tägl. 7 1/2, 9 1/2 u. 11 1/2 Uhr: Die große Waschung Die Operette Der Herr der Welt

**Puppenprinzchen**  
Kath. Hofstr. 10: 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr: Die große Waschung Die Operette Der Herr der Welt

**Theater am Kollendortplatz**  
7 Uhr: Die Ehe im Kreise

**TRIANON-THEATER**  
Täglich 8 1/2 Uhr: Mein Freund Tedda Sonntag 4 1/2 Uhr: Keine Zeit Die große Leidenschaft

**RESIDENZ-THEATER**  
8 1/2 Uhr: Der König in Paris (Eig. 3 1/2 Uhr: Keine W. Köden Hundrecht)

**KLEINES THEATER**  
8 1/2 Uhr: Keine Zeit Die große Leidenschaft

**Walhalla-Theater**  
8 1/2 Uhr: Jung müß man sein

**Theater des Offens**  
7 1/2 Uhr: Fidele Brüder

**METROPOL KARIATY**  
Behrenstraße 14: 8 1/2 Uhr: 11 Sensationen 11

**Apollotheater 81**  
Friedrichstraße 218: Heute u. folgende Tage: Miß Venus

**Circus Busch**  
Tel. 1 011, 16077: Tägl. 7 1/2, 9 1/2 u. 11 1/2 Uhr: Die große Waschung Die Operette Der Herr der Welt

**Die Schlange der Durga**  
Der indische Kulturbund: Tägl. 7 1/2, 9 1/2 u. 11 1/2 Uhr: Die große Waschung Die Operette Der Herr der Welt

**Billig Rücke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkieder**  
STREHLOW Treskowstr. 21 am Wörthorplatz.

**Metalle**  
Kupfer, Zinn, Blei, Messing, Zink, Eisen und Nickel. Täglich 7 1/2, 9 1/2 u. 11 1/2 Uhr: Die große Waschung Die Operette Der Herr der Welt

**Zuckermann,**  
Ellaer Str. 9, vorn 112. Rosen 4641.

**Concordia-Palast**  
Andreasstr. 64  
Auf der Bühne:  
Die große Varietésensation  
**Das Zersägen einer lebenden Dame**  
Das Rätsel für Berlin  
Filmschau:  
**Der vergiftete Strom**  
Eine kaum glaubliche Geschichte  
3 Akte  
Casal Gewalde im Lustspiel  
**Amor am Steuer**  
3 Akte

**Prater-Lichtspiele**  
Kastanienallee 7-9  
Heute u. folgende Tage  
**Miß Venus**  
Der größte Operettenfilm in 5 Akten unter Mitwirkung von 16 Sängern und Sängerinnen

**Billig Rücke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkieder**  
STREHLOW Treskowstr. 21 am Wörthorplatz.

**Komödienhaus**  
Direktion: Carl Meinhard-Rud. Bernauer  
Am Montag, 14. November  
Zum 50. Male:  
**Die Fahrt ins Blaue**  
Lustspiel in 3 Akten von Caillavet, de Flers und Rey  
Hauptdarsteller:  
Erika Glaessner / Frieda Richard / Olga Engl / Ernst Pröckl / Heinz Stieda / Ernst Dernburg / Karl Eckhof / Helene Brahm / Jenny Marba Charlotte Ander / Lina Saiten Ernst Behmer / Adolf Kurth Paul Pruegel / Willy Appelt Elisabeth Botz / Robert Klupp Conrad Callehn

**Kreuz-Alaska-Silber-Zobel-Rottkeule**  
Häuten billig von 30 00 an  
**Skunks-Born** sehr billig  
**Pelzfutter** für Damen und Herren von 250 00 an  
**Felle f. Besatz** amer. Op. 65, austr. Op. 110, Best. El. 35, biberst. tel. 45 M.  
**Krematorfelle** sehr preiswert.  
**Pelzwarenhaus A. Klab & Co.** Rosenhauer Str. 40 41 am Hackelstein Markt

**Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt**  
Unter diesem Titel erschien jochen, von Hans Hasenack verfaßt, das fünfte Heft der „Proletarischen Jugend“. Die Schrift ist ein Wegweiser für die Jungen u. auch für die Alten  
Preis 2.50 Mark  
Buchhandl. „Freiheit“ Berlin C 2 / Breite Str. 8-9

**Parzellen in Heiligensee**  
Bei Teget, Weissert, sehr gut. Boden, geringe Anzahl. Abzahlung leichter  
Terrain: 1000 qm  
Berlin, C 10, Kottbusstr. 23, Wankwitz im Heiligensee im Bureau über bei Vamprecht, Restaurant Raskapfen, Reichallee, an der Teichstraße Teget-Heiligensee, elektr. Bahn.

**Asthma**  
mit Unwohlsein und starker Verschleimung findet wirke Hilfe durch Heilmittel echte Asthmaopfl., bewirkt durch ihre Wirkung 80% klärt. Preis 10.50.  
Otto Pelchel, Berlin 45, 50, Eisenbahnstr. 4

**Glühlampen**  
Halbwattlampen und fämtl. Elektro-Install. Material  
Schröder Bernauer Str. 101  
Rehrücken 111  
**Metallhandelsstelle**  
Osten, Grüner Weg 60  
zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Am Montag, den 7. November, verstarb plötzlich mein lieber Mann, der Kadettler **Paul Hoffmann** im 46. Lebensjahre. Dies geht sich der trübt, um hille Teilnahme bitten, an **Marie Hoffmann** geb. Wisprich, Geyersstraße 4.  
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 12. Nov., mittags 12 Uhr, im Krematorium Geyersstr. 37-38 statt.

**Dankagung.**  
Für die bereit. Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meines geliebten Mannes **Richard Weiße** sage allen Kollegen, Bekannten und Verwandten, sowie auch dem Herrn D. Kreyer für die wohlwollenden Worte, welche mir anlässlich des Begräbnisses ausgesprochen wurden, meinen besten Dank.  
Ww. Weiße.

**Garderoben** für Herren und Damen auf **Teilzahlung**  
**Grebler** Weinbergsweg 4

**PELZWAREN** auf Teilzahlung  
**Pelzwarenfabrik Kallis** Tile-Wardenberg-Straße 11 am Bahnhof Tiergarten

**Dixin**  
Gewaschen mit  
**Henkel's Seifenpulver**  
Metalle Henkel & Co. Düsseldorf

11 6 5 9. 10. Dittich  
II. Abtlg., Nr. 831  
**Storbefehl**  
Am 7. Nov. verstarb die Gattin **Margarete Taage** Schwedenstr. 11a, an Gehirnleiden.  
Die Einäscherung findet am Freitag, den 11. Nov., mittags 10 1/2 Uhr, im Krematorium Geyersstr. 37-38 statt.

II. Abtlg., Nr. 832  
Am 7. Nov. verstarb die Gattin **Paul Hoffmann** Geyersstr. 4.  
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 12. Nov., mittags 12 Uhr, im Krematorium Geyersstr. 37-38 statt.  
Ehre ihren Angehörigen!  
Der Vorstand.

**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Große Buchmahl, Billige Preise.  
I. Rohrenstr. 37 (Automaten)  
II. Or. Frl. Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Kassabehaltung (Kassabehaltung) 7800  
Sonntags geschlossen.  
Gilder, Kumpfer, Konditor mit und ohne Rahmen kann man in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9



### Das neue Stadtparlament Die erste Sitzung

Schon äußerlich hat die neue Stadtverordnetenversammlung ein anderes Bild als die vorige: es sind diesmal weniger Frauen, besonders auf der Rechten des Hauses, im Kollegium. Oberbürgermeister Böß eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, die wir unten im Wortlaut wiedergeben. Sie enthielt eine deutliche Spitze gegen die jetzige Mehrheit des Hauses, die auch verteidigt und entsprechend aufgenommen wurde. Alterspräsident Pfannkuch schloß die Sitzung nach den vorgenommenen Verpflichtungen mit der Erklärung, daß zu der nächsten Sitzung in der üblichen Weise eingeladen werde.

#### Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Böß sprach folgende einleitende Worte:  
Die ersten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung des neuen Berlin haben am 20. Juni 1920 stattgefunden. Sie wurden durch Entscheidung des Oberverwaltungsorgans vom 16. Juni 1921 für ungültig erklärt. Die Wahlen vom 16. Oktober haben Sie, meine Damen und Herren, durch das Vertrauen der Bürgerschaft in diesen Saal geführt. Ermächtigt durch die Landesregierung, ist es meine Aufgabe, Sie in Ihre verantwortungs- und arbeitsreiches Amt einzuführen und zu verpflichten.

Es wird der Verwaltung des neuen Berlin nicht leicht gemacht, seine Aufgaben zu erfüllen, und wer den Wahllampf verfolgt hat, möchte glauben, daß es bei uns drunter und drüber geht. (Ohne Ruhe rechts!) Und doch, meine Damen und Herren, wenn wir politisch unbefangenen Auges prüfen, was bisher geleistet worden ist, so muß trotz manchem „Wenn“ und „Aber“ anerkannt werden, daß die Stadt sich in der letzten Sturm wacker gehalten, daß sie im Neuaufbau ihrer Verwaltung in der Zentrale und in den Bezirken weit vorgeschritten ist. (Ohne Ruhe und Widerspruch auf der Rechten des Hauses.) Gewiß ist es nur ein erstes Handhaben, das der Weiter-Durcharbeitung bedarf, aber doch eine Grundlage, die im wesentlichen bleiben kann. Es wird die Aufgabe der neuen Stadtverordneten sein, mit dem Magistrat, den neuen Bezirksverordneten, mit den Bezirksämtern die Organisation unserer Verwaltung in kürzester Frist zu vollenden und ihr durch Zusammenarbeiten im Geiste der Selbstverwaltung Leben zu verleihen zur Wohlfahrt der gesamten Bürgerschaft.

Daß dieses Ziel — unbeseitigt durch die Verschiedenartigkeit parteipolitischer Anschauungen — erreicht werden möge, ist der aufrichtige und herliche Wunsch, mit dem ich Sie, meine Damen und Herren, beim Antritt Ihres Ehrenamtes begrüße. Möge Ihre Tätigkeit in gleicher Weise das Ansehen des Parlamentarismus und der Stadt Berlin fördern!

Nach der Ansprache wurde durch den Oberbürgermeister die Verpflichtung der Stadtverordneten einzeln vorgenommen. Alterspräsident Pfannkuch übernahm hierauf die Geschäfte der neuen Versammlung. Er erklärte, daß die nächste Sitzung in der üblichen Weise einberufen werde und schloß die Sitzung.

Die Rathhausektion der U.S.P. hat sich konstituiert. Der Präsidiums-Vorsitzender ist aus folgenden Mitgliedern zusammen: Vorsitzender Dr. Weigl und Deitmer; Kassierer R. Herbig; Schriftführer Herr Müller; Beisitzer Frau Demming und Stadtrat Schünning.

### Die Finanzlage der Gemeinden

Der deutsche Städtetag und der Reichstädtetag und verankert heute vormittag eine außerordentliche gemeinsame Hauptversammlung, in der eine Rundgebung an die Reichsregierung, den Reichsrat und den Reichstag beschlossen werden soll, die sich mit der Neuordnung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und Arbeiterlöhne und deren Deckung durch die Städte beschäftigt. Dieser Veranstaltung liegt die reichlich fröhlich gemachte Erkenntnis zugrunde, daß die Reichspolitik, die gegenüber den Gemeinden getrieben worden ist, verfehlt war und auf die Dauer die finanzielle Lage der Gemeinden immer mehr verschlechtern muß.

Auf dem letzten deutschen Städtetag, der Ende Juli in Stuttgart stattfand, sprach der Oberbürgermeister Lütjehausen über die gegenwärtige Lage der Städte. Er führte aus, daß finanzieller Mut vorhanden sei und daß durch Heraushebung der Gebühren für Gas, Wasser und elektrischen Strom eine Anpassung an die Geldentwertung erlangen müsse, mit der das Publikum sich abzufinden habe. Die Gemeinde könne sich da-

für ja auf das Beispiel berufen, das Post und Eisenbahn gegeben haben. Die Entlassung von Arbeitskräften sei ohne Rücksicht auf die Erwerbslosen vorzunehmen. Dieser Auffassung trat Genosse Seger-Leipzig als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie entgegen und legte die Stellung unserer Partei in der Finanz- und Kommunalisierungsfrage dar. Er wies nach, daß die finanzielle Not der Gemeinden in erster Linie durch die ungeheuren Kriegslasten verschuldet und also auch das Reich verpflichtet sei, den Gemeinden die Selbstständigkeit für ihre Steuerpolitik zu geben.

Als die gegenwärtige Teuerungswelle einsetzte und auch die Berliner städtischen Arbeiter und Angestellten in eine Lohnbewegung eintraten, führte Genosse Karl Leid in der „Freiheit“ vom 4. September über die Auswirkung der Teuerung auf die Gemeinde und die Verpflichtung des Reiches folgendes aus:

Aus diesem Grunde muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß das Reich die Verpflichtung zu übernehmen hat, die neuen Mehrausgaben für die Gemeinden auszubringen, zumal sie infolge einer verkehrten Reichspolitik entstanden sind.

Diese Verpflichtung muß das Reich um so mehr übernehmen, als es die den Ländern erwachsenen Mehrausgaben übernommen hat. Hat das Reich anerkannt, daß es die dem Staate entstehenden Ausgaben für Zuschläge zu den Gehältern und Löhnen übernehmen muß, so hat es den Gemeinden gegenüber die gleiche Verpflichtung. Es geht nicht an, sich vor dieser Verpflichtung gegen die Gemeinden zu drücken und letztere zu veranlassen, ihren Bürgern neue Lasten aufzuerlegen.

Dieser selbstverständlichen Feststellung der Verpflichtung des Reiches gegenüber den Gemeinden traten die hängertischen Parteien in Berlin entgegen. Herr Michaelis, seines Zeichens Demokrat, schrieb im „Berliner Tageblatt“, Herr Leid mache sich die Sache recht leicht, indem er in der „Freiheit“ dem Reich die Verpflichtung zuschreibe, die neuen Mehrausgaben, die durch eine verkehrte Reichspolitik entstanden seien, seinerseits auszubringen. Eine derartige Forderung lasse sich wohl stellen, aber kaum verwirklichen.

Die Rundgebung, die jetzt Städtetag und Reichstädtetag veranstalten, und der eine Rundgebung des Berliner Oberbürgermeisters Böß Vertretern der Berliner Presse gegenüber vorausgegangen ist, bedeutet nichts anderes, als die völlige Rechtfertigung der Auffassung unserer Partei. Herr Böß hat wörtlich erklärt:

Die Erhöhung der Beamtengehälter beläuft sich auf 150 Millionen, die der Stundentöne der städtischen Arbeiter auf 300 Millionen Mark jährlich. Entsprechende Ausgaben stehen auch den anderen Städten bevor. Für diese Aufwendungen muß vom Reich volle Deckung verlangt werden, und der Vorstand des Deutschen Städtetages hat bereits schriftlich bei der Regierung den Antrag auf volle Deckung gestellt.

Was die Unabhängigen Sozialdemokratie schon auf dem Stuttgarter Städtetag ausgeführt hat, was damals von den bürgerlichen Kommunalpolitikern und von den bürgerlichen Parteien während des Berliner Stadtverordnetenwahllampfes bestritten wurde, findet jetzt in der von der Zwangslage der Gemeinden diktierten Politik des deutschen Städtetages seine volle Bestätigung. So sehr sich das Bürgertum sträubt, so wird doch die zwangsläufige Entwicklung dahin führen müssen, daß auch die zweite Forderung, die in dem schon angezogenen Artikel des Genossen Leid erhoben wurde, erfüllt werden muß:

Möglich wäre den Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben nur dann, wenn das Reich den Gemeinden Steuermäßigkeit n gäbe, die Lasten ausschließlich auf die Schultern des Reiches abzumäßen. Aber da hütet sich das Reich, die Gemeinden werden mit Profanem abgeSpeißt.

Zwischen den Zeilen eines Artikels im „Berliner Tageblatt“ hat schon der Stadtkämmerer von Berlin Dr. Karding die Bezeichnung dieser Forderung gegeben müssen. Wenn er damals (7. Oktober 1921) schrieb:

Die Gemeinden haben offenbar das ehrliche Bestreben, ihre Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Aber nachgerade fühlen sie, wie ihre Kräfte dabei sich erschöpfen. Man hätte sie auf neue Steuern verwiesen, aber es ist bekannt, wie außerordentlich schwer es ihnen gemacht wird, solchen neuen Steuern eine Form zu geben, die sie wirklich erträglich macht. Man hat es sogar fertig-

gebracht, ihnen Steuern wieder fortzunehmen, mit denen die Gemeinden ihren Haushalt ausgeglichen hatten, noch ehe sie eingezogen werden konnten. Die Gemeinden warten heute noch auf die Entschädigung für diese Wiederentziehung der Gemeindeabgabe vom reichsteuerfreien Einkommen.

So ist damit für Berlin nichts anderes gemeint, als z. B. solche Steuern, die auf Vorschlag der Unabhängigen Sozialdemokratie auf den Luxus der bestehenden Bevölkerung erhoben werden sollten. Bei dem schmerzhaften Selbstverwaltungsrecht der Stadtgemeinde Berlin muß das Oberpräsidium solche Steuerentwürfe erst genehmigen und aus den Worten Dr. Karding's ist ja zu entnehmen, daß das Oberpräsidium die Steuerentwürfe zum Teil bis zur völligen Wirkungslosigkeit abgeändert hat, weil für diese reaktionäre Behörde natürlich die Interessen des Berliner Bürgertums maßgebend sind.

Diese Möglichkeit wird den Gemeinden erst gegeben sein, wenn eine grundsätzliche Änderung der Landessteuerverfassung, die das Verhältnis zwischen Gemeinden, Staat und Reich regelt, durchgeführt ist, wie es der Revisor der Unabhängigen Fraktion bereits auf dem Städtetag in Stuttgart gefordert hat.

### Die Bewegung der städtischen Arbeiter

Gestern mittag brachte die „F. Z.“ die Meldung, daß die Betriebsräte der städtischen Betriebe beschlossen haben, an den Magistrat das Ultimatum zu stellen, bis gestern mittag 12 Uhr zu erklären, ob die tausend Mark Teuerungszulage sofort ausbezahlt werden, andernfalls würde der Streik beschlossen.

Zu dieser Meldung ist zunächst mitzuteilen, daß das Lohnkartiell für die Gemeindebetriebe, bestehend aus den gewählten Vertretern der Gewerkschaften, in denen Arbeiter der städtischen Betriebe organisiert sind, bei diesem Beschluß nicht nur nicht mitgewirkt hat, sondern sogar trotz Einladung nicht zur Debatte zugelassen wurde. Infolgedessen lehnt das Lohnkartiell und die in ihm vereinigten Organisationen jede Verantwortung für die Folgen des Beschlusses ab.

Inzwischen hat gestern nachmittag noch einmal eine Vollversammlung der Betriebsräte stattgefunden, in der die jetzigen Führer des Gesamtbetriebsrates bereits die Beschlüsse revidieren lassen mußten. Das Ultimatum ist aufgehoben und es wurde beschlossen, daß erst die dem Lohnkartiell angeschlossenen Organisationen Stellung nehmen und die endgültige Entscheidung einer für den Beginn der nächsten Woche einzuberufenden Funktionalerversammlung überlassen wird. Zur Ergänzung sei noch bemerkt, daß der Magistrat eine solche Erklärung, wie die im Ultimatum verlangte, ohne vorherige Genehmigung der Stadtverordneten gar nicht abgeben kann.

Unterdessen werden zwischen Lohnkartiell und Magistrat weitere Verhandlungen über die möglichst baldige Erfüllung der an sich berechtigten Forderung stattfinden, die wahrscheinlich erfolgreich sein werden.

### Rückstandsmaßnahmen für Rentner

Ein Entwurf über Rückstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung, der dem Reichstage zugegangen ist, verpflichtet die Gemeinden, insbesondere Rentenempfängern eine Unterstützung zu gewähren, die so zu bemessen ist, daß das Gesamteinkommen 2100 M. bei Rentnern, 1500 M. bei Witwen, 800 M. bei Waisen beträgt. Kinderzulagen betragen 120 M. jährlich. Ueber die Ausführung der Mittel ist zwischen Kabinett und Reichsrat keine Einigung erfolgt. Das Kabinett will den Gemeinden  $\frac{1}{3}$  ersetzen ( $\frac{1}{2}$  Reich,  $\frac{1}{3}$  Länder), der Reichsrat will den Gemeinden 90 Prozent vom Reiche ersetzen lassen. Die Renten werden um 100 Prozent aufgebessert.

Der Verein für Kindererziehungsheime Berlin e. V. gibt bekannt, daß in einigen seiner Heime Winterkuren durchgeführt werden. Geöffnet bleiben die Gebirgsheime Oberhavelberg im Riesengebirge und Dörfelsfeld im Harz, ferner Brunshausen in Reddenburg. Die Verwaltung dieser Heime befindet sich in Berlin W. 50, Schaperstr. 9 u. 11, wohin gegebenenfalls Anfragen zu richten sind.

Drei Zentner Silbergeld beschlagnahmt. Eine geheime Silberhölzerei wurde Dienstag von Beamten der Berliner Kriminalpolizei ausgehoben. Es war ihnen bekannt geworden, daß in der Silberhölzerei von M. und Sauerman in der Neuen Grünstraße 18 deutsches Silbergeld aufkauft und geschmolzen wurde. Im ganzen wurden fünf Barren einsehmelzbares Silber und sieben Beutel mit gemünztem Gelde nach dem Polizeipräsidium gebracht, zusammen ungefähr drei Zentner.

### Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Hertz

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

#### In den Selen.

Herr Réal,“ meldete Julie, das Hausmädchen, „ich habe kein Geld mehr für den Haushalt. Vom Printemps' kam ein Paket, das ich nicht einlösen konnte.“

„Wieso kein Geld? Lassen Sie sich von der gnädigen Frau welches geben.“

„Das wollte ich. Die gnädige Frau hat mich an den Herrn gewiesen.“

Réal wurde ungeduldig.

„Schon gut. Ich werde mit der gnädigen Frau sprechen, sobald sie nach Hause kommt.“

In seinem Arbeitszimmer wurde er von einem jener kurzen, etwas inadäquaten Rusen angetroffen, an denen er bisweilen litt. Er öffnete ein Buch, schloß es heftig und ließ die Hände auf dem Rücken gekreuzt, auf und ab.

„Relanie war doch wirklich recht langweilig! Zum Ausgleich hätte sie einige häusliche Tugenden besitzen können!“

Er erinnerte sich an seine Brautjungferzeit. Was für eine tadellose junge Dame war sie damals! Er hatte sich gefügt: Eine Ehe ist eine Vereinigung, um einen Hausstand zu gründen. Man muß nicht verliebt in die Ehe treten. Zuneigung, gegenseitige Achtung genügen. Fräulein Bloquet ist nett, gefeilt, wohlherzogen. Ich erlaube ihr als der Idealbrautjungfer, den sie sich geträumt hat. Also in Gottes Namen. Ich hege keine besonderen Erwartungen, aber auch keine Anreue.

In diesen zwanzig Jahren hatte sie die Schlantheit ihres Leibes und die aristokratische Feinheit ihres Gesichts eingebüßt. Ihr Mund hatte sich erweitert. Leppige Wangen lagerten um eine zu klein gewordene Nase. Durch ein bedauerliches Ungeheiß ergab sich der Eindruck, als sei ihr Hals in den Rücken gerutscht und als näherten sich die Ohren den Schultern. Sie sah im Hause aus wie eine Karikatur im Roman.

Natürlich durfte sich Réal nicht über die Folgen der Zeit beklagen, die auch ihn nicht verschont hatte. Aber in demselben Maße, in dem Frau Réal plump geworden war, vergrößerten sich auch ihre Manieren.

Sie gab sich mit schneidendem Selbstbewußtsein. Warum hatte sie nicht die einfachen Gewohnheiten angenommen, die zu ihrer Körperlichkeit paßten? Weshalb kümmerte sie sich nicht friedlich um ihre Wirtschaft, da sie doch wie eine Köchin aussah?

Man hörte in den Nebenzimmern Türen gehen. Das Hausmädchen erschien:

„Herr Réal, die gnädige Frau ist nach Hause gekommen.“

„Danke. Ich lasse sie bitten, nicht fortzugehen, bevor wir uns gesprochen haben.“

Einen Augenblick später stürzte Frau Réal ins Arbeitszimmer.

„Was ist denn los?“ wünschte sie zu wissen.

„Es ist los, mein Kind, daß...“

Und bedächtig, ohne Hebellautigkeit, klagte er über die übermäßigen Ausgaben und die Ziellosigkeit in der Führung des Haushalts.

Frau Réal verteidigte sich:

„Ich gebe zuviel aus! Das ist leicht gesagt! Hast du eine Ahnung von den gegenwärtigen Preisen? Kotelettes drei Franken! Und der Zucker! Und die Butter! Und die Wäsche! Unmöglich auszukommen, auch nicht beim allerbesten Willen!“

Und sie regte sich weiter auf:

„Alles ist verdreifacht — bis auf die Einnahmen der Schriftsteller! Was' es wie die anderen, mein Bester, verdiente mehr! Dann wird sich das Gleichgewicht wiederherstellen lassen.“

Er zuckte die Achseln und ärgerte sich, anhören zu müssen, was er sich selbst bisweilen zum Vorwurf machte.

„Mehr Geld verdienen. Du weißt sehr genau, daß ich überall die höchsten Honorare beziehe.“

Der Gegenstoß sah, Frau Réal verzichtete auf Bosheiten. Réal schalt nicht mehr, sie fragte nichts weiter. Sanft wandte sie ein:

„Du beziehest die höchsten Honorare, das steht fest. Aber überstehest du nicht bisweilen günstige Gelegenheiten? Zum Beispiel: Die Familie verlangte von dir eine Novelle!“

„Für Bekannte? Ich danke.“

„Sie zahlt sehr gut.“

„Du bist nicht bei Truff. Ich kann so etwas nicht machen. Dadurch würde ich mich herabschleichen.“

„Man setzt sich nicht herab, wenn man von seinem Beruf lebt.“

„Ich bin nicht die Gräfin Ségur.“

„Niemand verlangt, daß du die Gräfin Ségur seist. Man wünscht von dir nur, daß du eins von den Feenmärchen wieder vornimmst, das im 'Pariser Leben' solchen Erfolg gehabt hat.“

„Die Redakteure sind Schafköpfe! Diese Feenmärchen im 'Pariser Leben' haben Erfolg gehabt, weil sie ein wenig leicht geschürzt waren. Wenn ich sie dieses Reizes entkleide, verlieren sie jeden Wert.“

„Aber, lieber Mann, du hast diese Gattung erfunden, du brauchst sie ja nur fortzusetzen...“

„Natürlich! Fortsetzen! Immer fortsetzen! Das ist die fixe Idee aller Redakteure. Sowie ein Schriftsteller einen Fund getan hat, wird ihm verboten, weiter zu suchen. Man spannt ihn in die Selen und jetzt: hü, hö, zieh deine Karre! Ich bitte dich, verschone mich mit deinen Ratschlägen.“

Wenn es mir gut gegangen ist, so kommt es daher, daß ich mich immer bemüht habe, es besser zu machen, es anders zu machen. Das ist einfach der Anstand des Verus.“

Frau Réal leuchtete:

„Du kümmerst dich nicht einmal mehr um deine Theaterstücke, du lässest deine Romane für die großen Monatschriften unvollendet. Schlimm genug! Aber erspare dir dann deine Klagen und mir deine Vorwürfe.“

Um sie zu befähigen, holte er aus seiner Kasse zwei Banknoten zu tausend Franken.

„Hier! Versuche wenigstens bis zum Ende des Monats auszukommen.“

Aber sie verzichtete noch nicht auf den Wunsch, ihren Mann auf einen naherliegenden Weg zu führen. Sie jähelte einige der tonangebenden Pariser Zeitungen auf.

„Warum schreibst du keine Feuilletons mehr? Du bist begabt genug, um das zu bringen, was diese Blätter gebrauchen können. Dreihundert Franken von da, dreihundert Franken von dort, das summiert sich.“

„Tawohl! Und du glaubst, es macht Spaß, für ein Publikum zu schreiben, dem man mit Heuchelmienen veraltetes Zeug aufschwemmen muß? Ein Publikum, das überhaupt nichts anhören kann, ohne sofort mißtraulich zu werden? Ein Publikum von alten Herren, alten Damen und unschuldvollen kleinen Mädchen?“

Sie erwiderte nicht unzutreffend:

„Du vergißest, daß dies eben die Leute sind, denen du deinen Erfolg zu danken hast.“

(Fortsetzung folgt.)



Der Reigen der Mucker

Die Fortsetzung der Verhandlung gegen Frau Gertrud Eschold...

Die Schauspielereiin Bed befindet, dass von dem Regisseur Kersch...

Staatsanwalt v. Bradlo weist darauf hin, dass der Schauspielerei...

Frau Eschold bestaigt dies. Moissl, der nach seiner ganzen kunslerischen...

Rapellmeister Selmar N e r o w i t z war von der Verteidigung...

Zeuge Friedlander, Insizient des Theaters, bestaigt auf Vorhalt...

Nach weiterer Schilderung der Vorgaenge bei dem Theater...

Professor Dr. Brunner als Zeuge befindet, dass er an der Organisation...

Der Zeuge, Reklator Forstmann befindet, dass er anfanglich...

Angest. Direktor Sladel: Ich mochte nur feststellen, dass gerade diejenigen...

Gewerkschaftliches

Nachklinge zum Streit der Gastwirtsgehilfen

Der Kampf der Gastwirtsgehilfen, der durch ein Abkommen...

In unserem Fall liegt ein Schiedspruch vor, den anerkannter beide Parteien...

Verrater

Aus den eben angefuhrten Gruenden ist es verstandlich, wenn bei...

In der Versammlung der gemakregelten Betriebsraete der Gemeinde...

Sind im letzten Kampf Fehler gemacht worden, wie jene bestimmten...

Streit bei der Reicherversicherungsanstalt fur Angestellte

Vor Redaktionsschluss erhaltet wir: Die Angestelltenchaft der Reicherversicherungsanstalt...

Ein Hoflieferant a. D.

Die alteingesessene Firma der Chirurgiemechnik Bindler, Friedrichstrasse...

Waerde verpflichtet die beiden Angestellten, die Post zu unter...

Die Parzellensubstanzleger und Bohner Berlins im Streit. Die...

Industrieausportiers. Eine offentliche Versammlung der...

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Berlin...

Parteiveranstaltungen

Parteiveranstaltungen am 26. November, vormittags 11 Uhr, im...

Charlottenburg, 6. November. Spenden aller Art zur Weihnachtsbeherung...

Freitag, 11. November

1. Mittl. (Westn.-Mitte), Hundebst.-Gemeinschaft, Gartenstr. 25, Plesch...

Sonnabend, 12. November

17. Vermittlungsstelle (Mittebergl). Abends 6 Uhr Proklamierung...

Vereinskalender

Freitag, 11. November. Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Nachm. 5 Uhr...

Geschftliches

Um etwaigen Verkaufes aus dem Vakuum im nachstein zu begangen, stellt...

All- sowie Edelmetalle. Kauf wegen dringenden Bedarf zu den besten Preisen. Metallschmelze Mariannenstr. 12.

Auf Teilzahlung! Anzuege u. Paletots. In moderner Ausfuhrung fur Herren und Burschen.

Laufe Schwaben Riehe Wanzel. beiligen 1/2 Stunde. Carlotta (s. Fachs. her...)

Achtung! Handler und Wiederverkaefer! Bezugsquelle. Brillanten Trauringe preiswert.

Botenfrauen sofort gesucht. Expedition Bachmann Stargarder Strae 13.